

- 2.121 In: Dzierzbicka, A., Kubac, R., Sattler, E. (Hrsg.): Bildung riskiert. Erziehungswissenschaftliche Markierungen. – Löcker: Wien, 2005, 53-61.

Wilfried Datler

*STUDIENZEITEN, 45/65/80 UND DER WUNSCH,
WELTKLASSE ZU SEIN*

Kritische Anmerkungen zur österreichischen Universitätspolitik

Der September 2004 war einer jener Monate, in dem sich die österreichischen Qualitätszeitungen auffallend intensiv mit der Situation der hiesigen Universitäten befassten. Ich erinnere an drei ausgewählte Themenschwerpunkte:

Gleich in den ersten Septembertagen war nachzulesen, dass sich die Universität Wien im jährlich publizierten Universitäts-Ranking der Shanghai Jiao Tong University um zwei Plätze verschlechtert hatte. Unter dem Titel »Unis abseits der ›Weltklasse« wurde darüber in der Tageszeitung *Der Standard* folgendermaßen berichtet: »Die von Bildungsministerin Elisabeth Gehrler angepeilte ›Weltklasse« der heimischen Universitäten ist seit dem letzten weltweiten Uni-Ranking aus dem Jahr 2003 noch ein Stück weiter in die Ferne gerückt. Belegte die Universität Wien im Vorjahr noch Platz 84 unter den 500 besten [...] gelisteten Universitäten, ist man nun nochmals um zwei Plätze zurückgerutscht: Nur mehr Rang 86. Die Universitäten Innsbruck und Graz liegen noch weiter hinten: Sie finden sich in der Gruppe zwischen Rang 200 und 300 ... Weit abgeschlagen auch die TU Wien in der Gruppe 300 bis 400« (Standard 2004, ähnlich: Wiener Zeitung 2004).

Exakt in der Mitte des Monats September wurde von einer aktuellen OECD-Studie berichtet und beklagt, dass die Zahl der Studienanfängerinnen und Studienanfänger in Österreich deutlich unter dem OECD-Durchschnitt liegt: Während in den OECD-Ländern durchschnittlich 51 % der Jugendlichen mit einem Studium beginnen, sind es in Österreich gerade einmal 31 %. In Australien, in Finnland oder in den USA betrage der Prozentsatz der Jugendlichen, die sich zur Aufnahme eines Studiums entschließen, mehr als das Doppelte. Dabei, so die Berichterstattung, wäre die Entwicklung in Österreich rückläufig: »Österreich ist neben Frankreich das einzige Land, in dem es im Erhebungsjahr 2002 weniger Studierende gab als 1995. Zum Vergleich: Im gleichen Zeitraum nahm die Bildungsbeteiligung im Tertiärbereich (Universitäten, Fachhochschulen) in Tschechien um 68, in Ungarn um 108 und in Polen um 151 Prozent zu« (Förderl-Schmid 2004, ähnlich: Presse 2004).

Vom 16. September an bezogen sich mehrere Kommentatorinnen und Kommentatoren auf die genannte OECD-Studie. Die Rektoren der TU Wien und der Universität für angewandte Kunst Wien kritisierten die massiven Sparmaßnahmen, denen

die Universitäten jahrelang ausgesetzt waren und die durch die geringfügigen Budgetsteigerungen der letzten Jahren noch lange nicht wettgemacht werden konnten (Skalicky 2004, Bast 2004). Es wurde festgehalten, dass »der Anteil der Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt in Österreich seit 1995 gesunken« sei (Nimmervoll 2004a). Und einmal mehr war von der Forderung zu lesen, Österreich müsste sich verstärkt an die Einrichtung von Kurzstudien machen, um auf diese Weise den prozentualen Anteil von Akademikerinnen und Akademikern an der österreichischen Gesamtbevölkerung zu heben (Witzmann 2004, Nimmervoll 2004b). Bereits im Juli 2004 war die letztgenannte Forderung auch von Alfred Pfabigan in Zusammenhang mit der Diskussion um die österreichische Pensionsreform erhoben worden. Die österreichische Bundesregierung hatte damals damit begonnen, das Modell 45/65/80 mit folgendem Grundgedanken zu bewerben: 65jährige, die aus dem Berufsleben ausscheiden, sollen künftig eine Pension in der Höhe von 80 % ihres monatlichen Lebensdurchschnittseinkommens erhalten, wenn sie zuvor 45 Jahre lang Sozialversicherungsbeiträge bezahlt haben. Dies verband Pfabigan (2004) mit der Frage, wie Universitätsabgänger mit 65 Jahren auf 45 Beitragsjahre kommen können – und wertete die Länge der österreichischen Studienzeiten als »skandalös«. Dabei zeichnete er das Bild von Studierenden, die in größerer Anzahl ohne Orientierung endlos viele Semester an der Universität herumirren, keine außeruniversitären Qualifikationen erwerben, mehrfach die Studienrichtung wechseln, dann doch irgendwie abschließen und anschließend kaum einen Job bekommen, weil sie nur mehr belächelt werden. Um dem vorzubeugen, empfiehlt Pfabigan den österreichischen Universitäten, in einen Wettbewerb darüber einzutreten, an welchen Studienorten die kürzesten Studienzeiten existieren – was exakt zur Forderung nach dem verstärkten Angebot von Kurzstudien passt. Ich nehme die publizierten Forderungen nach der verstärkten Einrichtung von Kurzstudien, aber auch die anderen zitierten Texte der Tagespresse zum Anlass, um in fünf knapp gehaltenen Kapiteln einige Anmerkungen zu den aktuellen Entwicklungen im Bereich des österreichischen Hochschulwesens sowie zu den damit verbundenen Diskussionen zu machen. Dies erfolgt über weite Strecken vor dem Hintergrund der Beobachtungen und Erfahrungen, die ich seit 1981 als Universitätslehrer vornehmlich im Bereich Erziehungs- bzw. Bildungswissenschaft gesammelt habe.

1 Studieren – ein Leben in Überflussesemestern?

Der oben erwähnte Artikel Alfred Pfabigans (2004) trägt den Titel »Leben in Überflussesemestern«, der, bar jedes Fragezeichens, wie eine Feststellung wirkt.

Studierende, so scheint Pfabigan zu behaupten, leben im Überfluss und dürften sich deshalb geradezu eingeladen zu fühlen, ihr Studium über Gebühr in die Länge zu ziehen.

Nun deuten nicht nur die Einkommensverhältnisse der Studierenden und die schlechte personelle Ausstattung diverser Universitätsinstitute, sondern auch die geltenden Gebühren- und Beihilferegeln darauf hin, dass von schlaraffenlandähnlichen Zuständen, welche die Studierenden zum unangemessenen Verbleiben einladen, keine Rede sein kann. Im Gegenteil: Längeres Studieren ist mit vermehrten Kosten auf Seiten der Studierenden sowie mit dem Wegfall einschlägiger Begünstigungen verbunden: Zum einen wird das Studium mit jedem Semester schon alleine deshalb teurer, weil Studierende pro Semester € 378,22 Studiengebühr unabhängig davon zu bezahlen haben, wie lange sie studieren. Und zum zweiten werden Familienbeihilfe und Studienbeihilfe nur dann ausbezahlt, wenn Studierende nachweislich zügig studieren: Der Anspruch auf Familienbeihilfe und Studienbeihilfe verlischt, wenn Studierende die Mindeststudienzeit um mehr als ein Toleranzsemester pro Studienabschnitt überschreiten. Wechseln Studierende ihre Studienrichtung, so verlieren sie ihren Anspruch bereits dann, wenn sie länger als zwei Semester in einer Studienrichtung zugebracht haben oder wenn sie bereits den dritten Studienwechsel vornehmen. Kurzum: Je länger Menschen studieren, desto teurer wird es für sie.

2 Die Verteuerung längerer Studienzeiten zeitigt Konsequenzen

Dass Studierende für längere Studienzeiten mehr Geld aufbringen müssen als für kurze, zeitigt Folgen, die im Universitätsalltag unmittelbar auszumachen sind. Vier Folgen skizziere ich:

Erstens, noch vor wenigen Jahren war es für viele Studierende der Studienrichtung Pädagogik selbstverständlich, bei der Auswahl ihrer Lehrveranstaltungen individuellen Schwerpunktsetzungen breiten Raum zu geben. Das führte dazu, dass sich manche Studierende längere Zeit über in einem »Themenfeld« über den im Studienplan vorgesehenen Umfang hinaus tummelten, bis sie den Eindruck hatten, in ein bestimmtes Gegenstandsfeld tief eingedrungen zu sein. Der Studienabschluss rückte dadurch nach hinten, was in vielen Fällen mit keinen besonders großen Sorgen verbunden war. Denn zum einen mussten noch keine Studiengebühren bezahlt werden; und zum andern waren viele dieser Studierenden dann ohnehin bereits berufstätig, da sie während des Studiums bereits einschlägige Jobangebote erhielten, die es ihnen erlaubten, neben einer Teilzeitbeschäftigung Schritt für Schritt an der Beendigung ihres Studiums zu arbeiten. Heute stößt man

auf solche Studierende kaum. Wissend, dass jedes Semester, das sie an der Universität verbringen, mit Mehrkosten verbunden ist, sind sie stärker als früher darauf bedacht, innerhalb der vorgegebenen Zeiten jene Lehrveranstaltungszeugnisse zu erwerben, die sie zur Abdeckung des vorgegebenen Studienplans benötigen. Spürbares Engagement und Interesse entwickeln viele Studierende freilich nach wie vor; doch werden sie nur mehr in geringerem Umfang zu Spezialisten in bestimmten Fachgebieten, wenn der Erwerb hoher fachlicher Kompetenzen mit der Ausdehnung ihrer Studienzeiten verbunden ist.

Zweitens, in mehreren Untersuchungen des Wiener Instituts für Erziehungswissenschaft werden seit einigen Jahren Daten von zwei Jahrgängen von Absolventinnen und Absolventen des Studiums der Pädagogik mit der Fächerkombination Sonder- und Heilpädagogik gesammelt (Horak et al. 2000, Burndorfer et al. 2004, Anfang et al. 2004). Diesen Daten ist zu entnehmen, dass während des Studiums 42 % der Befragten vollzeitberufstätig und 46 % zumindest vorübergehend teilzeitbeschäftigt waren. Bloß 25 % der Befragten fielen in keine dieser beiden Gruppen; doch absolvierten auch sie während des Studiums weit über das vorgeschriebene Maß hinaus Praktika, um außeruniversitäre Erfahrungen zu sammeln.

Das Bemühen um das weitestmögliche Einhalten der vorgegebenen Studienzeiten hat heute allerdings zur Folge, dass sich Studierende stärker als früher gedrängt fühlen, ihren »Stundenplan« lehrplangemäß zu füllen. Die Freiräume für einschlägige außeruniversitäre Tätigkeiten, die es Studierenden ermöglichen, den inneruniversitären Erwerb von Wissen und Kompetenzen zu erweitern, werden dadurch empfindlich enger (Mayr 2004).

Das heißt: Will eine Studentin mit dem Studienschwerpunkt Heil- und Integrative Pädagogik bloß ein Minimum an Studiengebühren bezahlen und ihr Studium deswegen innerhalb der vorgegebenen Mindeststudienzeit abschließen, so verfügt sie im Vergleich zu Studierenden vergangener Jahrgänge über ein geringeres Ausmaß an zeitlichen Spielräumen, die es ihr erlauben würden, regelmäßig in einer Behinderteneinrichtung zu jobben, um praxisfeldspezifische Erfahrungen zu sammeln. Für sie ist es heute schwieriger, den Empfehlungen von ehemaligen Studierenden nachzukommen, die den Jüngeren das Sammeln von außeruniversitären Erfahrungen nachdrücklich ans Herz legen (Horak et al. 2000).

Drittens: Aus den eben erwähnten Gründen ist es auch schwieriger bzw. teurer geworden, ein Studium neben einer Familie mit Kindern zu absolvieren. Wird die Familie nicht allzu sehr vernachlässigt, so verlängert sich im Regelfall die Studienzzeit – was bereits die vermehrte Bezahlung von Studiengebühren nach sich zieht.

Schließlich: Bemühen sich Studierende, ihr Studium in der Mindestzeit zu absolvieren, und verzichten sie in Verbindung damit darauf, beruflich tätig zu werden und »Versicherungsjahre« zu erwerben, so wird es für sie unmöglich, die Pensionierungslatte 45/65/80 zu überspringen: Haben sie ein Diplomstudium belegt, so werden sie die Universität frühestens im Alter von 22 Jahren verlassen – und schaffen es keinesfalls, mit 65 Jahren jene geforderten Versicherungsjahre vorzuweisen, die es ihnen ermöglichen, 80 % des Durchschnittseinkommens als Pension zu erhalten.

3 Steigerung erwünschter oder wünschenswerter Qualitäten und Quantitäten unwahrscheinlich

Schon alleine die Vergegenwärtigung der eben erwähnten Folgen des Umstandes, dass das Studieren an Österreichs Universitäten teurer geworden ist, schützen vor dem Aufkommen unrealistischer Erwartungen. Im Detail: Die gesetzten Maßnahmen stellen keinen Anreiz dar, in verstärktem Ausmaß mit der Aufnahme von Universitätsstudien zu beginnen und die Anzahl an Studierenden an österreichischen Universitäten zu vergrößern. Des Weiteren machen die erwähnten Veränderungen es Studierenden schwer, ihr Studium abzuschließen, und werden deshalb auch keinen nennenswerten Anstieg des prozentualen Anteils von Akademikerinnen und Akademikern an der Gesamtbevölkerung Österreichs nach sich ziehen. Es ist überdies unwahrscheinlich, dass die wissenschaftliche Qualität der Absolventinnen und Absolventen von Universitätsstudien auf Grund der beschriebenen Veränderungen zunimmt: Der pekuniär motivierte Druck, mit dem Studium möglichst schnell abzuschließen, droht Studierende eher zum »Sammeln von Scheinen« denn zur sorgfältigen »Entwicklung von Kompetenz« zu drängen. Das bedeutet allerdings auch, dass die fachlichen Qualitäten des so genannten »wissenschaftlichen Nachwuchses« grosso modo eher ab- denn zunehmen werden. Bedenkt man überdies, dass die Gehälter, die Jungwissenschaftlerinnen und Jungwissenschaftler an Österreichs Universitäten erhalten, in den letzten Jahren drastisch zurückgegangen sind, und hält man sich vor Augen, dass jungen Universitätsangehörigen auf Grund der neuen Form der Befristung von Verträgen gar kein längerer Verbleib an der Universität mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit in Aussicht gestellt werden kann, so muss befürchtet werden, dass sich die besser qualifizierten Studienabgänger nur mehr in eingeschränkter Weise um eine Anstellung an der Universität bemühen werden. (Am Institut für Erziehungswissenschaft der Universität Wien kann bereits hautnah mitverfolgt werden, wie schwierig es unter den gegebenen Bedingungen ist, Stellen zu besetzen, die für

Wissenschaftlerinnen mit abgeschlossenem Doktoratsstudium ausgeschlossen sind.) Nimmt die fachliche Qualität der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die an Österreichs Universitäten forschen und lehren, aber nicht zu, droht den heimischen Universitäten erst recht der Anschluss an die »Weltklasseuniversitäten« verloren zu gehen.

4 Kurzstudien – die Lösung?

Vor dem Hintergrund der eben angestellten Überlegungen wird es nicht überraschen, wenn ich der undifferenziert erhobenen Forderung, die Studienzeiten an Österreichs Universitäten sollten kürzer werden, skeptisch gegenüberstehe. Nun möchte ich lange Studienzeiten keineswegs idealisieren und durchaus die Auffassung vertreten, dass sich Universitäten, aber auch Bildungspolitiker verstärkt um die Schaffung von Rahmenbedingungen zu bemühen haben, die ein zügiges Studieren möglich machen. Zugleich ist aber auch gegen die Vorstellung aufzutreten, dass das erhebliche Überschreiten von Mindeststudienzeiten rundum Nachteile mit sich brächte. In Ergänzung zu meinen Hinweisen auf die problematischen Folgen der Tendenz, längere Studienzeiten für Studierende teurer zu machen, verdeutliche ich an zwei Beispielen, dass so manche Vorstellungen von den Nachteilen längerer Diplomstudienzeiten dem Bereich der Mythen zuzurechnen sind:

Die bereits erwähnten Studien von Horak et al. (2000), Burndorfer et al. (2004) und Anfang et al. (2004) stützen keineswegs die Auffassung, dass »schnelles Studieren« mit »besonderem beruflichem Erfolg« korreliert. Unter den Personen, die fünf bzw. zehn Jahre nach Studienabschluss zu den *Bestverdienern* ihres Absolventenjahrgangs zählen, ist die Zahl jener, die ihr Studium in kürzerer Zeit abgeschlossen hatten, etwa gleich groß mit der Zahl jener, die ihr Studium als Höhersemestrige beendeten. Auch unter jenen Absolventinnen und Absolventen, die fünf bzw. zehn Jahre nach Studienabschluss *Leitungsfunktionen* bekleiden, sind keineswegs jene in der Überzahl, die ihr Studium schnell durchgezogen haben.

Unhaltbar ist auch die undifferenzierte Auffassung, alle »Langzeitstudierenden« würden die Universitäten bzw. die öffentliche Hand in erheblichem Ausmaß finanziell belasten. Mitunter ist vielmehr Gegenteiliges der Fall: Bleiben inskribierte Studierende der Universität fern, so verursachen sie der Universität keine Kosten, bezahlen aber die vollen Studiengebühren und finanzieren somit ihrerseits öffentliche Einrichtungen.

Die flächendeckende Einrichtung von sechssemestrigen Bakkalaureats-Studien mit der Option weiterführender Magister- und Doktoratsstudien scheint hingegen

unübersehbare Vorteile mit sich zu bringen: Da nicht alle Absolventinnen und Absolventen von Bakkalaureatsstudien mit einem Magisterstudium beginnen oder zu solch einem zugelassen werden, ist zu erwarten, dass die Einrichtung von Bakkalaureatsstudien eine zahlenmäßige Verbesserung der Betreuungsverhältnisse und eine Anhebung der Qualität der forschungsgeleiteten Lehre im Magisterstudium nach sich ziehen wird. Studierwillige, die bereits nach wenigen Jahren ohne die aufwendige Abfassung einer Diplomarbeit, wohl aber mit einem akademischen Titel die Universität verlassen möchten, finden nach einem dreijährigen Studium eine entsprechende Ausstiegsmöglichkeit vor und bräuchten sich nicht als Studienabbrecher zu fühlen. Auf diese Weise könnte die Zahl der Studienabbrecher geringer und der prozentuale Anteil von Akademikern und Akademikerinnen an der Gesamtbevölkerung Österreichs deutlich größer werden.

Eine solche statistisch fassbare Erhöhung des Akademikeranteils muss allerdings keineswegs mit der Zunahme von wissenschaftlicher Kompetenz – oder, um mit Bourdieu zu sprechen: mit einer Zunahme von inkorporiertem Kulturkapital (Bourdieu 1992, 55) – innerhalb Österreichs einhergehen. Denn es ist ja keineswegs gesagt, dass jene, die künftig mit dem Titel BA die Universitäten oder die Hochschulen für pädagogische Berufe verlassen, fachlich besser qualifiziert sind als jene, die zur Zeit als ausgebildete Lehrer von den Pädagogischen Akademien oder nach wenigen Semestern von den Universitäten als »Studienabbrecher« gehen. In Hinblick auf so manche pädagogische Arbeitsfelder ist es überdies fraglich, ob Absolventen von universitären BA-Studien auf dem Arbeitsmarkt mit Absolventen von einschlägigen Fachhochschulen oder von Hochschulen für pädagogische Berufe, die ja in Fortführung von »Uralt-Traditionen« privilegierte Zugänge zu bestimmten Arbeitsfeldern verwalten, tatsächlich erfolgreich konkurrieren können (vgl. Rauschenbach et al. 2003), zumal es ja unwahrscheinlich ist, dass die Universitäten zur Abwicklung von BA-Studien kostspielige Kurssysteme etablieren werden, wie sie in jenen Ländern des angloamerikanischen Raumes gang und gäbe sind, in denen die Dreigliederung von Studiengängen in Bakkalaureats-, Magister- und Doktoratsstudien entstanden ist.

5 Zeichen der Geringschätzung von akademischer Bildung?

Gewichtige Fragen der erwähnten Art werden in den Qualitätsblättern der österreichischen Tagespresse ebenso wenig thematisiert wie in den öffentlich mitverfolgbaren Debatten der bundesweiten Bildungspolitik. Dabei fällt auf, dass vor allem die politische Auseinandersetzung um die weitere Entwicklung der österreichischen Universitäten augenfällig undifferenziert geführt wird – was auf eine

aktuelle Geringschätzung dessen verweist, was als »akademische Bildung« bezeichnet werden kann.

Letzteres kann an so manchen Indikatoren abgelesen werden. Einen solchen Indikator gibt etwa der Umstand ab, dass in der öffentlich geführten Debatte um die Pensionsreform mit den Eckpunkten 45/65/80 die Situation von Akademikerinnen und Akademikern kaum zur Sprache kam – obgleich es für einen jungen Menschen, der bloß ein sechssemestriges BA-Studium absolviert, selbst dann unmöglich ist, bis zu seinem 65. Lebensjahr 45 Beitragsjahre zu schaffen, wenn er unmittelbar nach seiner Matura mit dem Studium beginnt, danach sofort einen Job erhält und viereinhalb Jahrzehnte lang von Arbeitslosigkeit gänzlich verschont bleibt. Einen weiteren Hinweis auf die geringe Wertschätzung von akademischer Bildung kann man der Art und Weise entnehmen, in der der gegenwärtig amtierende Bundeskanzler Ministerposten besetzt hat; brachte er dabei doch zum Ausdruck, dass der Abschluss eines universitären Studiums keine notwendige Voraussetzung für die Leitung jenes Bildungs- und Wissenschaftsressorts darstellt, in dem über wesentliche Weichenstellungen für die Zukunft der österreichischen Bildungsinstitution Universität entschieden wird.

Literatur

- Anfang, Isa/Khek, Christine (2004): Zur beruflichen Situation von Sonder- und HeilpädagogInnen des AbsolventInnen-Jahrgangs 1998/99. Diplomarbeit am Institut für Erziehungswissenschaft der Universität Wien.
- Bast, Gerald (2004): Hilferuf eines Rektors. In: *Der Standard*, 18.9.2004.
- Bourdieu, Pierre (1992): Die verborgenen Mechanismen der Macht. – Hamburg.
- Burndorfer, Cornelia/Kohlhofer, Petra (2004): Berufliche Karrieren von Sonder- und HeilpädagogInnen. Diplomarbeit am Institut für Erziehungswissenschaft der Universität Wien.
- Föderl-Schmid, Alexandra (2004): »Große Defizite im Hochschulbereich«. OECD-Bildungsexperte Schleicher kritisiert geringe Akademikerabschlussquoten. In: *Der Standard*, 15.9.2004.
- Horak, Alexandra/Neudecker, Barbara (2000): Sonder- und Heilpädagogik als Beruf? – Wien.
- Mayr, Lisa (2004): Studieren über Gebühr: Die Stoppuhr als Bildungsmotor? In: *Der Standard*, 27.7.2004.
- Nimmervoll, Lisa (2004a): Schiefe Schulebene. In: *Der Standard*, 15.9.2004.
- Nimmervoll, Lisa (2004b): »Brauchen völlig neue Hochschullandschaft«. In: *Der Standard*,

16.9.2004.

Pfabigan, Alfred (2004): Leben in Überflussestemern. Die langen Studienzeiten an heimischen Universitäten und ihre Auswirkungen. In: *Der Standard*, 23.7.2004.

Presse (2004): Unis: Österreich hinkt nach. Einen unterdurchschnittlichen Akademiker-Anteil bescheinigt uns die OECD. In: *Die Presse*, 15.9.2004.

Rauschenbach, Thomas/Krüger, Heinz-Hermann (2003): Diplomiert in die Zukunft? Einige empirische Argumente für die Beibehaltung eines reformierten erziehungswissenschaftlichen Diplomstudiengangs. In: *Erziehungswissenschaft* 14, Heft 27, 23-30.

Skalicky, Peter (2004): Sparen statt Weltklasse. In: *Die Presse*, 18.9.2004.

Standard (2004): Unis abseits der »Weltklasse«. Österreich nur mehr auf Platz 86 der besten 500 Universitäten. In: *Der Standard*, 1.9.2004.

Wiener Zeitung (2004): Liste der weltweit besten 500 Unis: Wien auf Platz 86. Die österreichischen Universitäten sind in dem von der Shanghai Jiao Tong University erstellten weltweiten Uni-Ranking zurückgefallen. In: *Wiener Zeitung*, 1.9.2004.

Witzmann, Erich (2004): Die Suche nach Österreichs Studenten. Die Weichenstellungen in Österreichs Bildungssystem erfolgten zu spät. In: *Die Presse*, 16.9.2004.